

# Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan

Telefon (075) 232 42 42

Fax Redaktion (075) 232 29 12

Fax Inserate (075) 232 95 46

Amtliches Publikationsorgan

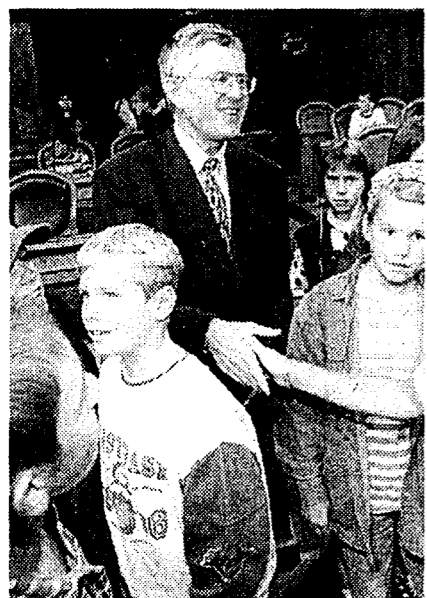
90 Rp.

## AKTUELL

### Tips und Tricks für Frauen in der Öffentlichkeit

Frauen sind aufgerufen, ihren Einfluss in der Öffentlichkeit verstärkt geltend zu machen. Das Eidgenössische Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann hat am Montag das Handbuch «Frauen auf dem öffentlichen Parkett» vorgestellt. Es enthält Tips und Tricks, wie und wo sich Frauen engagieren können. Das Handbuch erscheint in deutsch und französisch und richtet sich gezielt an Einzelpersonen, Frauengruppen, Organisationen und Verbände, die sich engagieren wollen. Es will Frauen informieren und animieren, sich auch öffentlich dafür einzusetzen, damit ihre Wünsche und Ziele Wirklichkeit werden, wie das Gleichstellungsbüro schreibt. Das Handbuch zeigt auf, wie das politische System funktioniert, wie und wo sich Frauen engagieren können, aber auch welche Hürden ihnen begegnen und wie diese überwunden werden können.

### Villiger empfängt Schulkinder



Bundespräsident Kaspar Villiger hat am Montag morgen im Bundeshaus drei Schulklassen aus den Kantonen Bern, Luzern und Zürich empfangen. Er dankte den rund 60 Kindern für ihren Einsatz beim Verkauf von Abzeichen der Entwicklungshilfsorganisation Swissaid und beantwortete ihre Fragen. Die Kinder aus Pfeffikon (LU), Eglisau (ZH) und Villeret (BE) wurden stellvertretend für die rund 40 000 Schulkinder, die sich jedes Jahr am Abzeichenverkauf beteiligen, zu einem Afrika-Tag nach Bern eingeladen. Die Schülerinnen und Schüler überreichten dem Bundespräsidenten eine Sammlung von geschnitzten Holztiere und stellten ihm zahlreiche Fragen: «Lieben Sie Kinder?», und «Was finden Sie das schönste am Bundeshaus?», wollten sie wissen.

### Riegel gegen Handel mit Organen auf Profitbasis

Die vorberatende Nationalratskommission SGK will einem gewinnträchtigen Handel mit menschlichen Organen einen Riegel schieben. Bei der Beratung des entsprechenden Bundesbeschlusses soll der Nationalrat das Prinzip der Unentgeltlichkeit für den Umgang mit menschlichen Transplantaten vorsehen. Sämtliche im Bundesbeschluss über die Kontrolle von Blut, Blutprodukten und Transplantaten vorgeschlagenen und vom Ständerat bereits beschlossenen Sicherheitsmassnahmen seien unbestritten, teilte die Kommission am Montag mit. Mit der Aufnahme des Prinzips der Unentgeltlichkeit für den Umgang mit menschlichen Transplantaten solle verhindert werden, dass mit Organen gewinnträchtiger Handel getrieben werde.

## Trotz offener Fragen ein «freundschaftliches Klima»

Positive Bewertung der Beziehungen Schweiz – Liechtenstein durch Bundesrat Flavio Cotti und Aussenministerin Dr. Andrea Willi

(G.M.) – Zwischen der Schweiz und dem Fürstentum Liechtenstein bestehen zwar offene Fragen, doch die Beziehungen sind nach wie vor ungetrübt. Diese Bewertung gaben Bundesrat Flavio Cotti und Aussenministerin Dr. Andrea Willi beim Besuch des schweizerischen Aussenministers am Montag in Vaduz ab. Eine Gemischte Kommission soll in diesem Herbst die hängigen Probleme im Zusammenhang mit dem EWR-Beitritt Liechtensteins klären.

Der Kurzbesuch von Bundesrat Flavio Cotti im Fürstentum Liechtenstein diente einer Bestandaufnahme der gegenseitigen Beziehungen nach dem vor vier Monaten erfolgten EWR-Beitritt Liechtensteins. Nach Angaben von Aussenministerin Dr. Andrea Willi hat der «rege Meinungsaustausch» zwischen Bundesrat Cotti und der liechtensteinischen Regierung in «herzlicher und freundschaftlicher Atmosphäre» stattgefunden, während der Vorsteher des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten von einer Standortbestimmung in «freundschaftlichem Klima ohne jeden Schatten» sprach.

Nach einem Communiqué über das Arbeitsgespräch haben die EWR-bedingten Vertragsänderungen, namentlich des Zollvertrags, bisher zu keinen Problemen Anlass gegeben. Aussenministerin Willi gab an einer Pressekonferenz am Montag nachmittag zu verstehen, dass das EWR-Abkommen in bezug auf die Beziehungen zwischen der Schweiz und Liechtenstein ausgezeichnet funktioniere. Eine im Rahmen der Zollvertragsverhandlungen in Aussicht gestellte Gemischte Kommission aus Vertretern beider Staaten soll nach ihren Ausführungen in diesem Herbst in Vaduz zu einer ersten Sitzung zusammentreten. Bundesrat Cotti nannte eine «Reihe hängiger Probleme» in diesem Zusammenhang, die von der Gemischten Kommission besprochen werden sollen, wobei er konkret die Frage der Gleichbehandlung schweizerischer Bürger im Fürstentum



Bundesrat Flavio Cotti war in Begleitung seiner Frau gestern auch Gast auf Schloss Vaduz bei Fürst Hans-Adam II. und Fürstin Marie. (Bild: vito)

Liechtenstein mit EWR-Angehörigen sowie die Sorgfaltspflicht der liechtensteinischen Banken erwähnte. Liechtenstein hat sich bei der Änderung des Zollvertrags verpflichtet, eine Anpassung der geltenden Rechtslage vorzunehmen, um insbesondere Schweizer Bürgern mit Niederlassungsbewilligung einen Anspruch auf Ausübung einer selbständigen Erwerbstätigkeit zu gewähren.

Im Zusammenhang mit der Sorgfaltspflichtvereinbarung der Banken stellte Bundesrat Cotti ein «Regelungsgefälle» zwischen der Schweiz und Liechtenstein

fest. In diesem Bereich sollen in nächster Zeit Gespräche geführt werden, um dieses Gefälle zu vermindern und eine Lösung der offenen Fragen zu erreichen. Regierungschef Dr. Mario Frick hat nach Angaben von Botschafter Mathias Kraft, Direktor der Direktion für Völkerrecht im Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten, der schweizerischen Delegation zugesichert, im Rahmen der vorgesehenen Neufassung der Sorgfaltspflichtvereinbarung auf schweizerische Vorstellungen einzugehen. Die von der Regierung dem

Landtag vorgeschlagene Neuregelung sieht vor, die bisherige Vereinbarung zwischen Banken und Regierung über die Sorgfaltspflicht bei der Entgegennahme von Vermögenswerten auf eine gesetzliche Grundlage zu stellen. Ausserdem soll die Sorgfaltspflicht auch auf «andere Berufsgeheimsträger» wie Rechtsanwälte, Treuhänder, Anlagefonds und Versicherungsgesellschaften ausgedehnt werden.

Mehr über den Besuch von Bundesrat Flavio Cotti und die Pressekonferenz auf Seite 3.

## Für eine Begrenzung der Ausländerzahl

125 000 Unterschriften «Für eine Regelung der Zuwanderung»

Bern (AP) Ein rechtsbürgerliches Komitee hat am Montag in Bern eine Volksinitiative zur Begrenzung der Ausländerzahl auf 18 Prozent eingereicht. Die nach Angaben des Komitees 125 003 beglaubigten Unterschriften «Für eine Regelung der Zuwanderung» wurden vor allem in der Deutschschweiz gesammelt.

Am meisten Unterschriften kamen laut Initiativkomitee mit 26 000 im Kanton Zürich zusammen. Weitere 22 800 Unterschriften wurden in Bern, 18 000 im Aargau und je 11 500 in den Kantonen Luzern und St. Gallen gesammelt. In der Romandie brachte das Komitee, bestehend aus Mitgliedern der FDP, SVP, EDU und Schweizer Demokraten (SD), lediglich 5000 bis 6000 und im Tessin nur 1000 Unterschriften zusammen. Die Initiative «Für eine Regelung der Zuwanderung» wurde nur wenige Tage vor Ablauf der Sammelfrist am 1. September eingereicht. Gemäss Initiativtext soll der Bund dafür sorgen, dass der Anteil der ausländischen Staatsangehörigen an der Schweizer Wohnbevölkerung 18 Prozent nicht übersteigt. Ende 1994 betrug der Ausländeranteil offiziell 18,98 Prozent. Die Initiative will neu auch bisher nicht in der Statistik erscheinende Kategorien wie Asylbewerber und Kurzaufenthalter miteinrechnen. Nicht eingerechnet würden hingegen Grenzgänger, Diplomaten, qualifizierte ausländische Wissenschaftler und Führungskräfte, Künstler und Studenten. Nach Lesart der Initianten beträgt der Ausländeranteil heute gegen 19,5 Prozent, während der durchschnittliche Ausländeranteil in den europäischen Staaten 4,5 Prozent beträgt. Bei gleichbleibender Entwicklung werde die

Schweiz in zehn Jahren einen Ausländeranteil von 25 Prozent erreichen.

Sofern bei Inkrafttreten der Initiative die 18 Prozent überschritten sind, müssten aufgrund einer Übergangsbestimmung zwar keine Ausländer zwangsweise ausgeschafft werden. Das Stabilisierungsziel müsste aber so schnell wie möglich durch eine ausgeglichene Wanderungsbilanz erreicht werden.

## GPK will mehr Einblick in Polizei-affäre

Aktenherausgabe gefordert – PUK-Antrag spätestens in drei Wochen

Zürich (AP) Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) des Zürcher Kantonsparlaments will mehr Einblick in die Polizei-affäre. Sie forderte deshalb am Montag die Herausgabe wesentlicher Akten, wie GPK-Präsident Werner Hegetschweiler bekanntgab. Eine allfällige PUK-Einsetzung soll spätestens in drei Wochen beantragt werden. Die GPK sei sich der grossen poli-

tischen Bedeutung der Affäre um Kantonspolizei-Hauptmann Hansjörg Spring bewusst und wolle alle Unterlagen beschaffen, die zur politischen Beurteilung der Vorfälle wichtig seien, sagte Hegetschweiler im Zürcher Kantonsrat. Die GPK habe am Montag vom Regierungsrat schriftlich «die Herausgabe aller für die Beurteilung der Geschäftsführung wesentlichen Akten verlangt», sagte der GPK-Präsident. In einer Aussprache mit der Regierung wolle die GPK auch die Information über vertrauliche Angelegenheiten regeln. Die GPK werde dem Kantonsrat spätestens bei der Behandlung mehrerer vor Wochenfrist eingereicher dringlicher Interpellationen Bericht erstatten und allenfalls eine Parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) beantragen. Hegetschweiler begründete die Forderung nach Aktenherausgabe in einem Interview des «Regionaljournals» von Radio DRS vor allem damit, dass rund die Hälfte der elf GPK-Mitglieder erst seit vergangem Frühling im Amt und über die bisherigen Aktivitäten der GPK nur durch zusammenfassende Texte orientiert sei. Sie wollten nun Informationen aus erster Hand und aufgrund der Akten. Hegetschweiler betonte, eine PUK werde dann nötig, wenn die GPK die anstehenden Fragen nicht ausreichend beantworten könne. «Eine PUK ist kein Spektakel», sagte der GPK-Präsident. Laut Hegetschweiler erklärte der frühere kantonale Polizei- und heutige Volkswirtschaftsminister, der Zürcher Regierungsrat Ernst Homberger (FDP), aus heutiger Sicht würde er bei der Abklärung der Vorfälle um Spring anders vorgehen als Anfang 1994.

## Wintereinbruch in den Alpen



(AP) Die Alpen haben am Montag einen Vorgeschmack auf den kommenden Winter erhalten. In der Schweiz, in Bayern und Österreich schneite es bis auf etwa 1500 Meter herab. Mehrere Alpenpässe waren schneebedeckt. Bis Mittwoch morgen werden weitere Schneefälle erwartet. Den grössten nächtlichen Schneezuwachs registrierte die SMA mit 21 Zentimetern auf dem 2504 Meter hohen Säntis. Bild: Das Vieh auf den Alpen musste gestern vorübergehend in die Ställe gebracht werden.